



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3384
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Dr. Jörn Heimlich

1. Den Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat

Wiesbaden, 05.07.2024

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, 11. Juli 2024, um 15:30 Uhr,

Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 29.05.2024
2. Mitteilungen
3. **22-S-00-0001**
Fragestunde
4. **24-V-20-0023**
Haushaltsplan 2025 - Kämmererentwurf und Vorbericht
Erste Lesung zum Haushaltsentwurf 2025; Einbringung

5. 24-F-02-0011

Waffenverbotszone

- Antrag der CDU-Fraktion vom 03.07.2024 -

Seit 2019 ist die Waffenverbotszone neben anderen Maßnahmen ein wichtiger Baustein des Gesamtkonzeptes für die Sicherheit in Wiesbaden. Um sicherzustellen, dass keine Waffen im Sinne des Waffengesetzes (WaffG) § 1 Abs. 2 an Kriminalitätsschwerpunkten oder an öffentlichen Plätzen, auf denen sich viele Menschen versammeln, mitgeführt werden, darf die Stadtpolizei verdachtsunabhängige Kontrollen nach § 42 Absatz 5 WaffG durchführen. Die aktuelle kriminologische Betrachtung der Wiesbadener Waffenverbotszone gibt die klare Empfehlung, die Waffenverbotszone aufgrund des präventiven Mehrwertes weiter zu betreiben. Auch die zuletzt von der Landesregierung beschlossene „Sicherheitsoffensive für Hessen“ beinhaltet die Ausweitung von Waffenverbotszonen.

Die Waffenverbotszone erleichtert die polizeiliche Kontrollmöglichkeit, minimiert Tatgelegenheiten, reduziert damit schwere Straftaten und dient somit dem Schutz von Bürgerinnen und Bürgern, den Rettungskräften und Polizisten und auch den potenziellen Tätern gleichermaßen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. gemeinsam mit den Wiesbadener Schulen Präventionsprojekte zur Aufklärung über die Gefahren des Mitführens von Waffen, insbesondere Messern und Pfefferspray, fortzuführen und stetig weiterzuentwickeln.
2. gemeinsam mit der Stadtpolizei der Landeshauptstadt Wiesbaden, der Landespolizei und den Amtsleitungen eine generelle Ausweitung der Waffenverbotszone zu prüfen und zu evaluieren. Dabei sind Orte, die als sinnvoll erachtet werden, zu benennen.
3. gemeinsam mit der Stadtpolizei der Landeshauptstadt Wiesbaden, der Landespolizei und den Amtsleitungen temporäre Waffenverbotszonen bei Veranstaltungen zu prüfen, zu evaluieren und zu benennen, welche Veranstaltungen in Frage kommen.
4. die Ergebnisse des aktuellen Evaluationsberichtes von Prof. Dr. Britta Bannenberg vollständig anzuerkennen und festzustellen, dass sich die eingerichtete Waffenverbotszone bewährt hat.

6. 24-F-63-0068

Synergien bei Baumaßnahmen nutzen

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.07.2024 -

Die nächsten Jahre sind für die Landeshauptstadt Wiesbaden entscheidend, um auf die zukünftigen Herausforderungen zu reagieren: Vor allem der vom Menschen beschleunigte Klimawandel mit seinen extremen Herausforderungen zwingt uns zu massiven Anpassungs- und häufig auch Bau- und Sanierungsmaßnahmen. So steht beispielsweise aktuell der Fernwärmeausbau im Fokus als konkrete Maßnahme für die Energiewende, aber auch die Flächenentsiegelung oder die Aufteilung des öffentlichen (Verkehrs-) Raumes sind wichtige Punkte in der Stadtentwicklung.

Für die Bürger:innen der Landeshauptstadt stellen diese Baumaßnahmen, bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, eine erhebliche Erschwernis im Alltag dar, weshalb Eingriffe in den öffentlichen Raum im Hinblick auf ausnutzbare Synergien so effizient wie möglich gestaltet werden sollten.

Es ist daher sinnvoll bei der Durchführung von Baumaßnahmen weitere mögliche Umgestaltungsmaßnahmen gleich mitzudenken. Insbesondere der Fernwärmeausbau, aber auch der Ausbau der Stromnetze liefern Chancen, die es zu nutzen gilt, ohne die Ausbauten unnötig zu verzögern.

Durch die Kombination von Straßenbauarbeiten mit weiteren Gestaltungsmaßnahmen im öffentlichen Raum können erhebliche Synergien genutzt und die Effizienz gesteigert werden. Wenn beispielsweise die Straßendecke ohnehin geöffnet wird, bietet sich die Möglichkeit, gleichzeitig eine Verbesserung der Verkehrsführung und -sicherheit einzuplanen: So können bei der Erneuerung der Straßendecke neue Straßenmarkierungen, wie Querungsmöglichkeiten für zu Fuß Gehende und Radwege direkt integriert werden. Auch neue Bepflanzungen, Sitzgelegenheiten, Bordsteinverlegungen etc. könnten umgesetzt werden, ohne die gleiche Stelle ein weiteres Mal für eine Baustelle absperrern zu müssen. Dies spart sowohl Zeit als auch Kosten, da der Boden idealerweise nur einmal geöffnet werden muss und mehrere Projekte parallel durchgeführt werden können. Außerdem fördert dieses Vorgehen die Akzeptanz und Unterstützung in der Bevölkerung, da die Durchführung von Bauarbeiten eher mit einer Aufwertung des Stadtbildes verbunden wird.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. ein Verfahren vorzuschlagen, welches der Stadtverwaltung ein standardisiertes gemeinsames Vorgehen ermöglicht, um bei Straßenarbeiten und -sanierungen, insbesondere im Rahmen des Fernwärmeausbaus, die gleichzeitige Umgestaltung des Raumes mitzudenken und so
 - a. möglichst viele Synergien zwischen Sanierung und Transformation umzusetzen, mit dem Ziel, die Maßnahmen zur Erreichung der Klimaneutralität, den Infrastrukturausbau und die nachhaltige Stadtentwicklung gemeinsam zu betrachten und zu beschleunigen.
 - b. durch die Verbindung unterschiedlicher Maßnahmen an einem Bauprojekt die Kosteneffizienz zu steigern und Personal zu schonen.
 - c. die Einschränkungen für Verkehrsfluss, Wirtschaft und Bevölkerung durch Baustellen möglichst zu reduzieren.
2. Das Verfahren soll dabei insbesondere für Vorhaben mit einem ausreichend langen Planungshorizont folgende Aspekte berücksichtigen:
 - a. Aufenthaltsqualität und Gestaltung: Erarbeitung eines ansprechenden Gestaltungskonzepts, das den Charakter unserer Stadt unterstreicht und fördert, wie Straßenbegleitgrün, Möglichkeiten zu Außengastronomie
 - b. Nachhaltigkeit: Berücksichtigung von ökologischen und nachhaltigen Gesichtspunkten, wie die Integration von Grünflächen, Regenwassermanagement und Klimaanpassung.
 - c. Verkehrsplanung: Anpassung der Verkehrsfläche zur Verbesserung der Verkehrsflüsse unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse von Fußgänger:innen, Radfahrer:innen und des ÖPNV.
 - d. Barrierefreiheit: Sicherstellung der uneingeschränkten Nutzbarkeit des öffentlichen Raums für alle Bürger:innen, insbesondere für Menschen mit Behinderungen.
3. Kosten, die über die Realisierung der zugrundeliegenden Infrastrukturmaßnahmen, wie dem Fernwärme-Ausbau, hinausgehen, sind dabei gesondert zu finanzieren. Dabei ist eine Inanspruchnahme von Fördermitteln anzustreben.
4. Das Verfahren soll den Anspruch erheben, die Planungsmaßnahmen für alle Beteiligten in der Vorplanung anzusetzen und diese möglichst früh einzubinden.
5. Den Verfahrensvorschlag den städtischen Gremien vorzustellen.

7. 24-F-63-0067

Für neuen Wohnraum in der Stadt: Zügige Weiterentwicklung des Elsässer Platzes
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.07.2024 -

Der größere, südliche Teil des Elsässer Platzes wird durch Beschluss der Rathaus-Kooperation in eine Parkanlage umgewandelt. Auf dem nördlichen Teil wurde im städtebaulichen Rahmenplan und in der Folge im Planungs-/Landschaftswettbewerb eine Bebauung vorgesehen.

Aufgrund der zentralen Lage in der Stadt und insbesondere durch die Nähe zur Hochschule RheinMain, die gute Verkehrsanbindung und die schon in weiten Teilen vorhandene Infrastruktur wäre hier z.B. Wohnraum für Studierende und Auszubildende vorstellbar. Damit würde nicht nur der Hochschulstandort, sondern auch die Wirtschaft in Wiesbaden gestärkt.

SPD, Grüne, Die Linke und Volt haben sich in ihrem Kooperationsvertrag zum Ziel gesetzt, den Bau von neuen Studierenden-Wohnheimen durch die Stadt mit einer Miete, die sich an dem BAföG-Höchstsatz für das Wohnen orientiert, zu realisieren. Auch sollen Azubi-Wohnungen für die Wiesbadener Fachkräfte von morgen gebaut werden. Nun soll untersucht werden, ob für beide Ziele der nördliche Teil des Elsässer Platzes eine geeignete Fläche an zentraler Stelle ist. Der neueste Konjunkturbericht der IHK Wiesbaden hat gezeigt, dass der Mangel an Fachkräften für die ansässigen Unternehmen aktuell das drittgrößte Geschäftsrisiko darstellt - mit dem Bau von bezahlbarem Wohnraum für Menschen in Ausbildung und Studium hat die Stadt einen Hebel, um das stagnierende Geschäftsklima zu verbessern.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. den Gremien einen aktuellen Sachstand zur Bebauung des Elsässer Platzes zu geben und die für eine abschließende Entwicklung notwendigen, planungsrechtlichen Schritte und deren Zeithorizont darzulegen;
2. hinsichtlich einer möglichen Bebauung im nördlichen Teil des Platzes eine aktualisierte Bewertung auf Basis der stadtweiten Klimaanalyse sowie der VDI-Richtlinie 3787 Blatt 5 zur lokalen Kaltluft vorzunehmen und diese Erkenntnisse in den weiteren Planungen umzusetzen;
3. auf dieser Basis eine Mehrfachbeauftragung zu einer möglichen Bebauung des nördlichen Teils des Elsässer Platzes, inhaltlich auf Grundlage der Ideenentwürfe des Planungs-/Landschaftswettbewerbes, auf den Weg zu bringen. Hierbei sollten folgende Zielsetzungen verfolgt werden:
 - a. Die Belebung des Platzes durch gewerbliche (etwa gastronomische) und/oder öffentliche Nutzung des Erdgeschosses;
 - b. Mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften, dem Studierendenwerk und Unternehmen (über den Industriebeirat, die IHK und HWK) soll eruiert werden, inwiefern an der Stelle Wohnungen für Azubis und Studierende errichtet werden könnten und welche Finanzierungsoptionen möglich wären (z.B. Bau durch das Studierendenwerk, Belegrechte durch Unternehmen);
 - c. Prüfung, wie auch ausländischen Fachkräften im Anerkennungsverfahren das Angebot nutzbar gemacht werden kann;
4. die dafür notwendigen Haushaltsmittel anzumelden.

8. 24-F-22-0023

Festpreise auch für Taxifahrten innerhalb Wiesbadens ermöglichen
- Antrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 22.05.2024 -

ANLAGE

8.1 24-F-63-0047

Alternativantrag der Fraktionen Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt zum TOP I/7 (24-F-22-0023 - Festpreise auch für Taxifahrten) der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 29. Mai 2024

ANLAGE

9. 24-F-63-0069

Schwimmfähigkeit der Wiesbadener Bevölkerung steigern
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 03.07.2024 -

Laut einer aktuellen Studie des Deutschen Schwimmlehrerverbands können nur rund 30 bis 50% der Kinder im Grundschulalter sicher schwimmen.¹ In Wiesbaden ist die Situation ähnlich besorgniserregend. Viele Kinder verlassen die Grundschule, ohne diese lebenswichtige Fähigkeit erlernt zu haben. Aber auch bei Erwachsenen ist die Schwimmfähigkeit oft mangelhaft. Insgesamt ist die Situation unbefriedigend und birgt erhebliche Risiken.

Die Fähigkeit, schwimmen zu können, ist von elementarer Bedeutung für die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung. Nichtschwimmer sind einem deutlich erhöhten Risikos zu ertrinken ausgesetzt. Schwimmen ist zudem eine wichtige Voraussetzung für viele Wassersportarten und leistet einen wertvollen Beitrag zur Gesundheitsförderung durch Bewegung. Schwimmunterricht sollte deshalb von frühester Kindheit an selbstverständlich sein und allen Bürger*innen die Möglichkeit gegeben werden, diese lebenswichtige Fertigkeit zu erlernen. Wiesbaden hat hier dringend Handlungsbedarf.

Insgesamt ist ein Bündel an Maßnahmen nötig, um langfristig die Schwimmfähigkeit flächendeckend zu steigern. Frühzeitiger Unterricht, ausreichende Infrastruktur und qualifiziertes Personal sind die Schlüsselfaktoren

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

der Magistrat wird gebeten,

- 1) die Einrichtung eines kostenfreien Angebots, um die Schwimmfähigkeit der Kinder im Kita- und Grundschulalter zu verbessern und in Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Mattiaqua und der DLRG zu prüfen und zu den HH-Beratungen vorzulegen. Hierbei sollen zuvorderst insbesondere die Kinder/Jahrgänge bevorzugt bedacht werden, welche während der COVID-Pandemie keine Möglichkeit zum Besuch von Schwimmkursen hatten.

¹<https://schwimmlehrerverband.de/ziele>

- 2) zu berichten, wie sich das Verhältnis aus Nachfrage/Angebot bei Schwimmkursen für Erwachsene gestaltet und ob bzw. welche Maßnahmen geplant sind, um das Angebot bei Bedarf auszubauen.
- 3) darüber zu berichten, ob ausreichende Schwimmbadkapazitäten und -zeiten für den Schwimmunterricht der Wiesbadener Schulen zur Verfügung stehen.
- 4) zu berichten, wie das Personal im Hallenbad Kostheim und im Freibad Maarau ab der Sanierung eingesetzt wird, das dort normalerweise Dienst hat.
- 5) durch gezielte Ausbildungsangebote mehr Lehrpersonal zu gewinnen.
- 6) zu berichten, ob Daten über die Schwimmfähigkeit in der Bevölkerung vorliegen und falls nicht, wie diese erhoben werden könnten.
- 7) zu berichten, wie viele Vorfälle, die rettendes Eingreifen erforderten, es in Wiesbadener Schwimmbädern in den letzten fünf Jahren gegeben hat.
- 8) zu berichten, welche Schwimmbäder bereits mit technischer Unterstützung zur Erkennung von Notfallsituationen ausgestattet sind, welche nicht und bei welchen dies geplant ist.

10. 24-F-63-0045

Digitaler Zwilling für Wiesbaden

- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.05.2024 -

ANLAGE

11. 24-F-15-0014

Bürger- und Gremieninformation zum Rhein-Main-Link vorantreiben!

-Dringlichkeitsantrag der Fraktion FWG / Pro Auto vom 18.03.2024 -

- Aktualisierter Antragstext der Fraktion FWG / Pro Auto vom 29.05.2024 -

ANLAGE

12. 24-F-16-0007

Jugendschutz und Cannabiskonsum

- Antrag der Fraktion BLW/ULW/BIG vom 03.07.2024 -

Mit der Teillegalisierung von Cannabis am 1. April 2024 sind erhebliche gesundheitliche und soziale Herausforderungen verbunden, die eine verstärkte präventive und kontrollierende Intervention erfordern.

Nach der Legalisierung in anderen Ländern stiegen die Krankenhauseinweisungen aufgrund von Cannabis-Konsum erheblich an, was auf ein erhöhtes Risiko akuter und chronischer Gesundheitsprobleme, einschließlich Psychosen, hinweist. Experten warnen vor einem Anstieg des Cannabiskonsums unter Jugendlichen und betonen die Gefahr, dass die Risiken des Konsums verharmlost werden. Cannabis kann, ähnlich wie Alkohol und Tabak, den Einstieg in andere Suchtmittel erleichtern und zu Abhängigkeit führen.

Der Konsum von Cannabis vor dem Alter von 25 Jahren kann schwerwiegende Folgen für die Gehirnentwicklung haben und langfristige Schäden verursachen, einschließlich Depressionen und Suizidgefährdung. Strengere Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen sowie eine verstärkte Kontrolle der Cannabis-Anbauvereinigungen sind notwendig, um die gesundheitlichen Risiken zu minimieren und den Jugendschutz zu gewährleisten.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten der Stadtverordnetenversammlung umfassend darzustellen:

1. wie sie den im Gesetz zum Umgang mit Konsumcannabis (Konsumcannabisgesetz – KCanG) in §5 festgelegten Aspekten des Gesundheitsschutzes, des Kinder- und Jugendschutzes sowie der Prävention in Zukunft gerecht werden und diese rechtssicher umsetzen will.
Dabei soll dargelegt werden, durch welche Maßnahmen die Landeshauptstadt Wiesbaden im öffentlichen Raum sowie ihre Tochter- und Beteiligungsgesellschaften auf ihren jeweiligen Liegenschaften sicherstellen, dass die in §5 definierten Konsumverbote auch eingehalten werden. Dies gilt insbesondere für das Konsumverbot von Cannabis in unmittelbarer Gegenwart von Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben.
2. welche Vorkehrungen die Landeshauptstadt Wiesbaden getroffen hat, um auf die zu erwartenden Probleme beim Kinder- und Jugendschutz vor allem im Hinblick auf fehlende Fachkräfte im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie zu reagieren?
3. mit welchen Kosten die Landeshauptstadt Wiesbaden im Bereich der Suchtprävention für Kinder und Jugendliche in Bezug auf Cannabis in den nächsten Jahren rechnet.

13. 24-F-55-0002

Fluglärmschutzzonen an der US-Airbase jetzt einrichten!
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 21.05.2024 -

ANLAGE

14. 24-F-22-0022

Aberkennung Bürgermedaillen
- Antrag der Fraktionen von CDU und FDP vom 22.05.2024 -

ANLAGE

15. 24-F-63-0058

Hochwasserschäden an Rettbergsaue und Maaraue; Ausbaggern des Rhein-Seitenarms
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 19.06.2024 -

ANLAGE

Tagesordnung II

1. **21-F-63-0001** **DL 17/24-1**

Bezahlbaren Wohnraum schaffen - Entlastungen für Mieterinnen und Mieter ermöglichen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 11.05.2021 -
- Bericht des Dezernates VI vom 14.06.2024 -

- Der Magistratsbericht steht im Politischen Informationssystem (PIWi) unter dem Vorgang zur Verfügung. -

2. **22-A-02-0009**

Widerspruch gegen die Wahl von Frau Hinninger zur hauptamtlichen Beigeordneten

ANLAGE

3. **23-V-40-0022** **DL 16/24-2**

Friedrich-von-Bodelschwingh-Schule Brandschutzsanierung - Ausführungsvorlage

4. **24-F-22-0039**

Enthüllungen der FAZ - politische Intervention, um Überprüfung von Wachleuten in Kurhaus und RMCC zu verhindern?
-Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von FDP und CDU vom 3. Juli 2024-

ANLAGE

5. **24-F-63-0057**

Für mehr Sicherheit: Tempo 30 vor Krippen, Kindertagesstätten, Schulen sowie Pflege- und Gesundheitseinrichtungen
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 19.06.2024 -

ANLAGE

6. **24-F-63-0062**

Transparenz bei Stellenschaffungen in den Beteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden
-Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 26.06.2024-

ANLAGE

7. **24-V-01-0013** **DL 16/24-3**
Bauliche Maßnahmen zur Sicherung der unter Denkmalschutz stehenden Walhalla
8. **24-V-01-0015** **DL 18/24-1**
Planfeststellung - Anhörungsverfahren
9. **24-V-02-0007** **DL 19/24-1 NÖ, 18/24-2**
Wiesbaden on Ice
10. **24-V-02-0009** **DL 17/24-3**
Grundsatzbeschluss zur Gründung eines großen Eigenbetriebes durch Zusammenschluss des Grünflächenamtes und den ELW
11. **24-V-03-0010** **DL 16/24-4**
Teilfortschreibung Schulentwicklungsplan zur Einführung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung in Grundschulen und Förderschulen - Beschlussvorlage nach Beteiligung der Öffentlichkeit
12. **24-V-05-0015** **DL 16/24-5**
Anpassung der Konzeption "Städtebauliche Entwicklung östlich der Brunhildenstraße" an veränderte Rahmenbedingungen und neue Entwicklungen sowie deren Umsetzung
13. **24-V-07-0004** **DL 16/24-6**
Sachstandsbericht Einführung des Prinzips "Open by Default"
14. **24-V-07-0005** **DL 16/24-7**
Anpassung des Gesellschaftervertrages ("Satzungsänderung") der Wivertis GmbH
15. **24-V-10-0001** **DL 15/24-2**
Sanierung und Revitalisierung Ortsverwaltung Auringen - Ausführungsvorlage
16. **24-V-10-0008** **DL 15/24-3**
Verleihung der "Wiesbadener Lilie"

17. **24-V-20-0007** **DL 15/24-4**
Projekt SAP4HANA - Statusbericht zum 31.12.2023
18. **24-V-20-0025** **DL 18/24-3**
Haushaltsplan 2024 - Genehmigungs- und Begleiterlass der Aufsichtsbehörde; Freigabe der Haushaltssatzung
19. **24-V-36-0004** **DL 16/24-8**
Umsetzung Europäische Wasserrahmenrichtlinie - Renaturierung Gehrner Bach - Ausführungsvorlage
20. **24-V-36-0015** **DL 15/24-7**
Protokoll des Klimaschutzbeirates vom 7. März 2024
21. **24-V-40-0006** **DL 17/24-5**
Schulische Erweiterung an der Karl-Gärtner-Schule
22. **24-V-40-0009** **DL 15/24-8**
Elly-Heuss-Schule - Abriss des sog. "Alten Arbeitsamtes"
23. **24-V-40-0012** **DL 17/24-6 NÖ, 16/24-9**
Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz im Grundschulbereich ab Schuljahr 2026 - Bericht Bau und Förderprogramm
24. **24-V-40-0013** **DL 17/24-6**
Einrichtung Außenstelle der Fluxusschule in die alte Grundschule Breckenheim
25. **24-V-40-0015** **DL 16/24-10**
Finanzbericht Schulamt - 1. Halbjahr 2024
26. **24-V-41-0004** **DL 15/24-9**
Volkshochschule Wiesbaden e. V.; Organisationsanalyse

27. **24-V-41-0007** **DL 15/24-10**
Hessisches Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2023, Etat 2024
28. **24-V-50-0009** **DL 16/24-11**
Wiesbadener SGB II Geschäfts- und Eingliederungsbericht 2023
29. **24-V-51-0004** **DL 16/24-12**
Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Planung einer Kindertagesstätte als Ersatzeinrichtung für die AWO Kita Otto Witte in Nordenstadt
30. **24-V-51-0008** **DL 15/24-11**
Handlungsprogramm Jugend - Jahresberichte 2023
31. **24-V-51-0012** **DL 15/24-12**
Kindertagesstätte Lange Seegewann in Delkenheim, Kosten für den Einbau einer Frischkostküche und Anbau einer Pergola als Sonnenschutz
32. **24-V-51-0014** **DL 16/24-13**
Anpassung der Zielmiete des geförderten Wohnungsbaus im Bauvorhaben Hainweg (DRK)
33. **24-V-51-0015** **DL 15/24-13**
Fachliches Konzept "Wiesbadener Teilhabestandard für Stadtteile mit hohen sozialen Bedarfslagen - Ungleiches ungleich behandeln
34. **24-V-51-0020** **DL 16/24-14**
PUSCH Sozialpädagogische Betreuung durch die Schulsozialarbeit Jugend
35. **24-V-51-0021** **DL 16/24-15**
Demokratie leben; Erfahrungs- und Sachstandsbericht
36. **24-V-52-0001** **DL 16/24-2 NÖ, 15/24-14**
Städtische Instandhaltungs- und Investitionszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen in 2024 (1. Verteilung)

37. **24-V-52-0002** **DL 16/24-3 NÖ, 15/24-15**

Zuschüsse für Wiesbadener Sportvereine für langlebige Sportgeräte 2024 (1. Verteilung)

38. **24-V-61-0021** **DL 18/24-4**

Digitalisierung der bestehenden Bebauungspläne

39. **23-V-66-0234** **DL 17/24-2**

Stationskonzept für E-Tretroller im historischen Fünfeck

40 **24-V-66-0305** **DL 16/24-16**

Mehrkosten Zufahrtskontrolle Rheinufer Kastel

Tagesordnung III

1. **24-A-19-0002**

Spendenliste (Anlage I Nr. 4 der Finanzierungsbestimmungen), Änderung der Finanzierungsbestimmungen

ANLAGE

2. **24-V-30-0003** **DL 15/24-5**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsgerichtsbezirk Wiesbaden-Nordenstadt

3. **24-V-30-0004** **DL 15/24-6**

Vorschlag für die Wahl einer stellvertretenden Ortsgerichtsvorsteherin/eines stellvertretenden Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsbezirk Wiesbaden IX (Wiesbaden-Breckenheim/Medenbach/Igstadt)

4. **24-V-30-0006** **DL 17/24-4**

Vorschlag für die Neuwahl einer Ortsgerichtsvorsteherin/eines Ortsgerichtsvorstehers für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden X (Wiesbaden-Naurod/Auringen)

Tagesordnung IV

1. **24-V-02-0006** **DL 17/24-1 NÖ**
Gesellschafterwechsel Spielbank
2. **24-V-20-0018** **DL 15/24-1 NÖ**
Berichterstattung zur Nassauischen Sparkasse 2023
3. **24-V-20-0020** **DL 17/24-2 NÖ**
Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 1. Quartal 2024
4. **24-V-20-0021** **DL 17/24-3 NÖ**
Monatsberichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen per 30.04.2024
gemäß StVV 0286 vom 17.09.2020
5. **24-V-20-0026** **DL 18/24-1 NÖ**
Bürgschaft Nr. 667 - Übernahme einer modifizierten Ausfallbürgschaft zugunsten der
Lebenshilfe Wiesbaden e. V.

**ANLAGE NÖ (Der Beschluss des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen vom 03.07.2024
steht in Nextcloud zur Verfügung.)**
6. **24-V-23-0101** **DL 16/24-1 NÖ**
Verzeichnis der vom 1. Juli 2023 bis 31. Dezember 2023 genehmigten Grundstücksgeschäfte
7. **24-V-23-0201** **DL 17/24-4 NÖ**
Vermarktungskonzept für die Vermarktungszone I in Bierstadt-Nord
8. **24-V-23-0302** **DL 17/24-5 NÖ**
Ankauf des Grundstücks Hohenstauferstraße 8

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher